

Birgitta Wrede

Geschlechteraspekte der Wirtschaftskrise – Einblicke in feministische Analysen aktueller Debatten

Die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind groß: Frauen leisten zwei Drittel der Weltarbeit, ihnen gehört aber nur ein Hundertstel des Weltkapitals. Im Erwerbsarbeitssektor sind Frauen einer Einkommensdiskriminierung ausgesetzt: Sie verdienen – gleich auf welcher Hierarchie- und Qualifikationsstufe sie sich befinden – je nach Berechnungsgrundlage nur 70% bis 80% des durchschnittlichen Einkommens ihrer männlichen Kollegen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation, d.h. die unterschiedliche Repräsentanz von Frauen und Männern in Berufen, Branchen oder auf hierarchischen Positionen, ist an sich schon eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit. Darüber hinaus sind Frauen in den hohen Einkommensgruppen selten zu finden, im Niedriglohnsektor aber deutlich überrepräsentiert, wie auch in anderen prekären Arbeitsverhältnissen. Der Reproduktionsbereich entzieht sich gänzlich monetären Maßstäben. Versuche, Kindererziehung, Hausarbeit oder private Pflegearbeit in Geld zu fassen, können lediglich einen ungefähren Wert ermitteln. Für die europäischen Staaten wird angenommen, dass dieser höher als das Bruttosozialprodukt ist. Das bedeutet: Mehr als die Hälfte der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeit wird unentgeltlich (hauptsächlich) von Frauen in den Familien geleistet.

1. Genderaspekte in den Wirtschaftswissenschaften

Das sich dennoch die Wirtschaftswissenschaften gegenüber Geschlechterverhältnissen als neutral verstehen, Genderdimensionen von Ökonomie und Gesellschaft oft vollständig ausblenden oder nur implizit traditionelle Geschlechterverhältnisse beispielsweise in Bezug auf Arbeitsteilung und Arbeitsmarkt als gegeben voraussetzen, hat insbesondere seit den 1990er Jahren zu einer zunehmenden Auseinandersetzung aus feministischer Perspektive geführt: vorherrschende Theorien und Methoden wurden kritisch hinterfragt und im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt.

Bis dahin haben geschlechterorientierte Analysen in den Wirtschaftswissenschaften ein marginalisiertes Dasein geführt. Die Ausgangssituation der Gründung des Ökonominnen-Netzwerks „efas - economics, feminism and science“ im Jahr 2000 veranschaulicht dies: Zwar ist der Anteil der weiblichen Studierenden zwischen 1975 und 2000 in der Betriebswirtschaftslehre (BWL) von 18 Prozent auf 48 Prozent und in der Volkswirtschaftslehre (VWL) von 17 Prozent auf 34 Prozent gestiegen, weshalb auch von einer Feminisierung des Faches gesprochen wird. Jedoch findet dieser Wandel keine Entsprechung in einem nennenswerten Anstieg der Frauenanteile in leitenden Positionen weder in der Wirtschaft noch in den Wirtschaftswissenschaften. Auch kann keine breitere Thematisierung von Geschlechterfragen innerhalb der ökonomischen Disziplinen festgestellt werden (Andresen 2007, S. 247). Frauen- bzw. genderbezogene Lehrveranstaltungen in der Ökonomie sind rar; Curriculare Verankerungen gibt es kaum; Ökonomie ist als Disziplin in Genderstudiengängen und Zentren der Frauen- und Geschlechterforschung kaum vertreten. Das Themenfeld wird vor allem in angrenzende Disziplinen, die ökonomische Fragestellungen behandeln wie der Soziologie und der Politikwissenschaft bearbeitet. Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler beschäftigen

¹Ökonomische Ungleichheiten sind nicht nur unter Genderaspekten sondern darüber hinaus unter vielen anderen Kategorien zu analysieren, insbesondere ethnischen und schichtspezifischen. Unter einer solchen Perspektive stellen sich natürlich auch sozioökonomische Unterschiede zwischen Frauen und Frauen als bedeutsam heraus.

sich damit – wenn überhaupt – eher ergänzend zur eigentlichen Arbeitsaufgabe (Fiedler/Förtsch/Maier 2002).

Dennoch beginnt sich ein entsprechendes wissenschaftliches Arbeitsfeld zu etablieren. Dabei lassen sich unter den pauschalisierenden Begriff „feministische Ökonomie“ sehr unterschiedliche Ansätze in verschiedenen ökonomischen Denkrichtungen subsumieren. Überblicke über den Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Geschlechterforschung machen deutlich, dass es eine umfassende und einheitliche feministische Kritik der Wirtschaftswissenschaften bislang nicht gibt: Weder sind alle Bereiche dieser Disziplin durch eine genderbewusste Brille betrachtet worden, noch gibt es den einen anerkannten Zugang. Vielmehr stehen politökonomische feministische Analysen z.B. zum geschlechtssegregierten Arbeitsmarkt neben solchen Ansätzen, die Erklärungen für Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern zu geben versuchen (Maier 2000; Fiedler/Förtsch/Maier 2002; Andresen 2007).

Klassische Ansatzpunkte feministischer Ökonomie sind die vergeschlechtlichte Trennung in bezahlte und unbezahlte Arbeit, die Bewertung und gesellschaftliche Verankerung der Care-Ökonomie (Pflegearbeit, Erziehungsarbeit etc.), Haushalte und deren Wertschöpfung sowie ökonomische Ungleichheiten und ihre Konsequenzen auf lokaler und globaler Ebene. Ein Focus liegt auf der Analyse der inhärenten Geschlechtlichkeit von Ökonomie, der Konstruktion von Geschlechterdifferenzen sowie auf dem möglichen Engendering ökonomischer Konzepte. Feministisch-ökonomische Zukunftsvisionen zeigen Konzepte geschlechtergerechte Wirtschafts- und Budgetpolitik auf. Ein zentraler Focus ist dabei gerichtet auf den ökonomischen Zusammenhang zwischen der geldvermittelten Wirtschaft und der unbezahlten Arbeit sowie die Neubewertung der Care-Arbeit, definiert als bezahlte wie auch unbezahlte personenorientierte Versorgungsleistungen, die zum größten Teil von Frauen geleistet werden. Aktuell wird hier insbesondere über die Bedeutung und den Wert von Pflegearbeit im Hinblick auf die ‚alternde‘ Gesellschaft diskutiert (ebd.).

2. Geschlechteraspekte der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

Das Ausblenden geschlechterbezogener Aspekte lässt sich auch in Bezug auf die Analysen der jüngsten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, der Entwicklung von Erklärungsansätzen und Entwürfen von Gegenstrategien feststellen. Frauen sind selten zu finden bei der Besetzung von ExperteInnenrunden, die ihre Statements abgeben, aber auch außerhalb von Talkshows werden Geschlechterfragen bei den Analysen und vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten kaum thematisiert. Hier muss im Sinne von Gender Mainstreaming eine strukturelle Analyse und eine daraus resultierenden Veränderung ökonomischer Strategien gefordert werden.

Denn Frauen sind von den Auswirkungen des mit der Globalisierung genannten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandels umfassend betroffen und bekommen die Effekte der Globalisierung in besonderer Weise zu spüren, da damit verbundene Ökonomisierungstendenzen zu einer verengten Betrachtung auch des alltäglichen Lebens unter einer Kosten-Nutzen-Bilanzierung führen. Die immer noch überwiegend von Frauen getragene familiär-gesellschaftliche Arbeit findet jedoch keinen oder nur ungenügenden Raum in dieser Bilanzierung. Auch die von der Globalisierung ermöglichte und geforderte fortwährende Flexibilisierung und Mobilität der Arbeitskräfte hat unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Diese Veränderungen führen zu Ver-

schiebungen der Machtverhältnisse auch in den Geschlechterverhältnissen. Ob, wie und in welchen Bereichen sich diese Änderungen zu Gunsten von Frauen auswirken, bedarf umfassenden politikwissenschaftlichen Analysen (Sauer 2006).

Im Folgenden sollen nicht nur geschlechtsspezifische Dimensionen der Wirtschaftskrise, die unterschiedlichen Betroffenheit von Frauen und Männern, aufgezeigt werden, sondern auch geschlechterbezogene Aspekte der Auswirkungen staatlicher Gegenmaßnahmen. Ein originäres Feld der feministischen Ökonomie. Mit diesem Focus eröffnen sich wirtschaftstheoretische Fragestellungen mit Blick auf neue Perspektiven in der Krisenbewältigung.

2.1 Ursachen und Auswirkungen der Krise

Young (2009) veranschaulicht Geschlechterdimensionen der vordergründig als krisenauslösend geltenden Vergabe ‚fauler Kredite‘ anhand der Analyse der Hintergründe und der Auswirkungen in den USA. Der Wandel der makroökonomischen Verhältnisse, verbunden mit der komplexen Verbriefung der Immobilienhypotheken, habe zunächst den Boom angeheizt und dann die Finanzkrise ausgelöst. Insbesondere die ärmeren Schichten der Gesellschaft (wie etwa Frauen und Minoritäten) tragen durch die hohe Verschuldung und die steigenden Kosten der Schuldentilgung die Lasten und Risiken der makroökonomischen Strategie des privatisierten Keynesianismus (ebd., S. 15). Die Subprime Krise in den USA kann dabei als Effekt der von George W. Bush eingeführten „neuen“ Form der Sozialpolitik analysiert werden: Statt staatlicher Unterstützung sollte vor allem der ärmeren Bevölkerung der Erwerb von Wohneigentum erleichtert werden, was besonders für allein erziehende Mütter zu einem doppelten Fiasko wurde: Sie bekamen überproportional die teuersten Kredite angeboten und müssen heute fast 70% ihres monatlichen Einkommens für die Bedienung der Kredite hergeben. Während im Sozialstaat die Risiken im Leben kollektiv und solidarisch abgesichert werden sollten, wurden diese in den USA vollständig privatisiert. Tragisch sei an dieser Entwicklung, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem Frauen und Minoritäten in die finanzielle Wertsteigerung des Immobilienmarktes durch massive Privatschulden integriert wurden, die Krise die einkommensschwachen Gruppen durch Zwangsversteigerung der hochverschuldeten Immobilien trifft. Somit zeige auch die jüngste Finanzkrise, wie zuvor bereits die Krisen in Asien und Lateinamerika, dass die Auswirkungen von Instabilitäten auf den Finanzmärkten nicht geschlechtsneutral verlaufen (ebd., S. 25).

Reiner (2009), die sich unter einer Geschlechter-Perspektive mit den Auswirkungen der Krise und der Maßnahmen gegen sie befasst, benennt als zentrale Auslöser: 1. die Umverteilung von unten nach oben seit den 1970er Jahren und der damit einhergehende Rückgang des privaten Konsums, 2. stark zunehmende globale Ungleichgewichte im Welthandel, für Deutschland stellt sich hier die starke Exportorientierung als Problem dar und 3. die Entwicklung zu einer immer stärkeren Deregulierung der Märkte (ebd., S. 6).

Die Aspekte der Umverteilung von unten nach oben sollen an einigen Beispielen näher erläutert werden, da sie sehr deutliche geschlechterbezogene Implikationen aufweisen. Sie zeigen sich in den Industrieländern an einem Rückgang der Lohnquoten und an einem deutlichen Anstieg der **Einkommen** von reichen Haushalten.

So stiegen die Einkommen des am besten bezahlten Fünftels der US-Bevölkerung seit 1970 um real 60 Prozent, die übrigen Einkommensbezieherinnen und -bezieher verloren demgegenüber real 10 Prozent (ebd., S. 6f). Für Deutschland hat jüngst eine international vergleichende Studie nachgewiesen, dass 2009 trotz nominaler Einkom-

mensverbesserung in vielen Berufen weniger verdient wurde als 1990. Dabei wird die Kluft zwischen den Löhnen Vollzeitbeschäftigter mit niedrigen und mittleren Einkommen seit 1997 in Deutschland immer größer. Während Geringverdiener Ende der 1990er Jahre noch 64 Prozent des Einkommens eines Arbeitnehmers mit mittlerem Einkommen erzielten, erreichten sie 2007 nur noch 53 Prozent (Eichorst u.a. 2010, S. 25ff). So wie in den USA sind auch in Deutschland die oberen Einkommen zumindest minimal gestiegen, während die Stundenlöhne in der unteren Hälfte der Einkommensskala gesunken sind, beim unteren Viertel sogar um 14 Prozent. Der Niedriglohnsektor ist dabei rasant gewachsen. 70 Prozent der dort Beschäftigten ist weiblich. Die Auseinanderentwicklung bei den Einkommen geht also ganz massiv zu Lasten der Frauen (Reiner 2009, S. 7).

Auch die **Vermögensunterschiede** haben sich in Deutschland weiter verschärft – während wohlhabende Bevölkerungsgruppen zwischen 2002 und 2007 ihr Vermögen weiter ausbauen konnten, haben finanziell weniger gut gestellte Schichten eher verloren. Für die Vermögensverteilung hoch relevant sind dabei die Renten- und Pensionsanwartschaften. Da Frauen zumeist geringere Anwartschaften haben als Männer, lässt sich schlussfolgern, dass das hier abgebildete soziale Ungleichgewicht auch eine ähnliche gelagerte Geschlechter-Dimension hat (Frick/Grabka 2010).

In Deutschland zeigt sich die Umverteilung auch darin, dass in der Aufschwungsphase 2003 bis 2008 die **Beschäftigungsquote** zwar gestiegen ist, allerdings nicht aufgrund der Zunahme von Vollzeitstellen, sondern begründet in einem Boom aller Formen von prekären **Beschäftigungsverhältnissen** und einer Zunahme von Teilzeitstellen. In Zahlen: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 500.000, alle möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbstständigkeit plus 400.000. Ein Drittel aller Beschäftigten arbeiten inzwischen Teilzeit, 1996 waren es gerade einmal gut 20 Prozent. Bei der Leiharbeit gab es ebenfalls eine massive Zunahme um 400.000 auf zeitweise insgesamt 800.000 (Reiner 2009, S. 7).

In der neuesten Wirtschaftskrise hat sich der deutsche Arbeitsmarkt zwar bislang als robust erwiesen. Zuletzt nahm die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 2009 nur leicht auf 3,276 Millionen zu. Die Arbeitslosenquote steigt damit auf 7,8 Prozent. Aber die Tendenz zur Abnahme von unbefristeten Vollzeitbeschäftigten setzt sich fort. Nur noch 60 Prozent der ArbeitnehmerInnen arbeiten in einem Vollzeitjob, der unbefristet ist. Seit 2001 ist der Rückgang traditioneller Beschäftigungsverhältnisse vergleichsweise hoch. Die Situation ist von Branche zu Branche verschieden: Während in der Industrie unbefristete Vollzeitstellen vorherrschen, gibt es im Dienstleistungssektor einen stärkeren Rückgang solcher Verträge (Eichorst u.a. 2010, S. 10). Das hat deutliche geschlechterbezogene Implikationen, denn im Dienstleistungssektor dominieren Frauen, in der Industrie Männer (Eichorst u.a. 2010, S. 29).

Vor allem Frauen, insbesondere Mütter, arbeiten befristet oder in Teilzeit. Die Entwicklung zu mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt trifft sie eher als Männer. Auffällig an der deutschen Entwicklung ist dabei nicht nur die insgesamt geringe Zahl von Frauen mit unbefristeten Vollzeitstellen. Der Anteil hat sich von 2001 bis 2008 sogar noch einmal verringert, von knapp 48 Prozent auf 43,3 Prozent aller weiblichen Angestellten. Bei den Männern wird im selben Zeitraum ein weniger starker Rückgang verzeichnet (Eichorst u.a. 2010, S. 12).

An den hier abgebildeten Zahlen lässt sich – wenn auch nicht öffentlich als Ziel definiert – die Intention der Sicherung des männlichen (Alleinverdiener-)Einkommens ablesen. Viele arbeitsmarktpolitische Programme und Reformen zielen auf dem Hinter-

grund dieser überholten Annahme auf die Sicherung des Arbeitsplatzes von Männern, die noch immer als Familienoberhaupt gedacht werden, von deren Einkommen die ökonomische Sicherung der gesamten Familie abhängt.

Die Prognosen für die weitere **Entwicklung der Beschäftigung** und damit der Einkommensmöglichkeiten sind mit unterschiedlichem Bezug auf den geschlechtersegregierten Arbeitsmarkt sehr verschieden.

Die einen befürchten, dass sich die Prekarisierung insbesondere der Arbeitsverhältnisse von Frauen verstärken wird, wenn die aktuellen Entwicklungen, die insbesondere durch die Initiativen um Hartz IV verstärkt wurden, fortgesetzt werden. Vor allem alleinerziehende Frauen der unteren Schichten sowie Migrantinnen (und Migranten) wurden unter den Maßgaben der Agenda 2010 zur Aufnahme schlecht bezahlter Teilzeitarbeitsverhältnissen gedrängt. Und obwohl das Familienernährermodell längst seine Allgemeingültigkeit verloren hat, arbeiten viele Frauen mit Kindern in Teilzeit, weil Betreuungsmöglichkeiten fehlen. Im Rückblick auf zurückliegende wirtschaftliche Krisen lässt sich vermuten, dass sobald die Finanzkrise sich in der Realökonomie abbildet, gerade und zuvorderst diese (ungesicherten) Beschäftigungsverhältnisse wegrationalisiert werden.

Zudem wählen Frauen nach wie vor oft Berufsfelder in pädagogischen und pflegerischen Bereichen. Zwar expandiert der Pflegebereich momentan enorm, hier werden also zunehmend Arbeitsplätze geschaffen werden. Dennoch sind viele der Tätigkeitsfelder in diesen Bereichen mit zunehmendem Kostendruck stark von Rationalisierung betroffen, was sinkende Löhne und starke Arbeitsbelastungen bedeutet. Darüber hinaus werden diese bislang von Frauen besetzten Berufsfelder trotz der geringen Bezahlung und des niedrigen Status mit Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt zunehmend auch von Männern stärker nachgefragt, was wachsende Konkurrenz bedeutet.

Eine andere Tendenz hat stärkere negative Auswirkungen auf Männer: Zunächst traf der Abbau von Arbeitsplätzen vor allem männliche Fachkräfte, da vor allem klassische Industriesektoren wie Auto- und Maschinenbau in Mitleidenschaft gezogen wurden, nach wie vor starke Männerdomänen. Der Einsatz von Kurzarbeit und betrieblicher Arbeitszeitflexibilität in der exportabhängigen Industrie hat bislang aber (noch) stabilisierend gewirkt (Eichhorst u.a. 2010, S. 34f). Ob sich diese Instrumente jedoch langfristig als erfolgreich erweisen, schätzen Experten als fraglich ein.

Die ungleiche Einkommensverteilung bzw. die Vermögensungleichgewichte haben ebenso wie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und das verschuldungsgestützte Wachstum immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Dabei ist die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen in doppelter Hinsicht nachteilig für das Wachstum: Auf der einen Seite führt sie bei der Masse der gering(er) Verdienenden zu einem zunehmenden Nachlassen der Kaufkraft. Auf der anderen Seite steigt bei den immer vermögender werdenden die Nachfrage nach Konsumartikeln nicht weiter, zum einen aufgrund von Sättigungsphänomenen, zum anderen aufgrund des Phänomens, das mehr gespart wird, wenn das Gehalt höher ist. Als Konsequenz lassen Konsum und Binnen-nachfrage nach.

Zudem führt die Steigerung von soundso schon höheren Einkommen - ebenso wie die Gewinne aus den Exportgeschäften - zu einem Anwachsen von Kapital, dass auf Investitionschance (mit hohen Renditen) setzt, und diese auch bzw. verstärkt auf den Finanzmärkten gefunden hat. Zunehmend wurde Geld ins Finanzsystem gesteckt.

2.2 Staatliche Gegenmaßnahmen

Die Auswirkungen der aktuellen Gegenmaßnahmen in Bezug auf deren Geschlechter-Implikationen sind vor diesem Hintergrund unterschiedlich zu beurteilen. Zur Erinnerung: die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung, die 2008 und 2009 in Gesamthöhe von 61 Milliarden Euro aufgelegt wurden, finanzieren hauptsächlich die steuerliche Entlastung von Unternehmen (mit 7 Mill.); Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand (mit 16 Mill.); eine Entlastung der Einkommen durch jeweils 9 Milliarden zur Senkung der Einkommenssteuer und Senkung des Zuschusses zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV); Abwrackprämie (mit 5 Mill.); Beschäftigungssicherung vor allem durch Förderung der Kurzarbeit (mit 5 Mill.) (Reiner 2009, S. 9ff). Diese staatlichen Maßnahmenpakete sind unter Gender-Gesichtspunkten als sehr ungleichgewichtig zu beurteilen:

Die Maßnahmen zur Entlastung der Einkommen haben nicht nur eine deutliche soziale, sondern auch eine geschlechterspezifische Schiefelage. Die Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und die Senkung der Einkommenssteuer sollen den privaten Konsum anschieben. Dieser Effekt ist am wirkungsvollsten, wenn vor allem niedrige Einkommen entlastet werden, weil aus diesen ein geringerer Anteil gespart und mehr direkt ausgegeben wird. „Die Senkung des Beitragssatzes bei der GKV kommt jedoch zur Hälfte den Arbeitgebern zugute. Zudem steigt die Entlastung bei den Beschäftigten wegen des einheitlichen Beitragssatzes mit zunehmendem Einkommen. Von den Steuersenkungen dagegen, so beteuert die Bundesregierung, würden vor allem Menschen mit geringen Einkommen profitieren. Dies trifft allenfalls auf die prozentuale Entlastung zu. Geringverdiener/innen haben von einer Steuersenkung ohnehin keinen Vorteil, weil sie überhaupt keine Steuern zahlen. Bei Singles gilt dies bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von etwa 11.000 Euro. Für Durchschnittsverdienende mit knapp 30.000 Euro brutto beträgt die Entlastung gut 170 Euro im Jahr oder 14 Euro im Monat, bei Einkommen über 50.000 Euro sind es gut 270 Euro im Jahr (BMF 2009). In den oberen Einkommensbereichen, in denen die maximale Entlastungswirkung erreicht wird, sind Frauen nur zu 15 Prozent vertreten. Je höher das Einkommen, desto niedriger der Anteil der beschäftigten Frauen. Im unteren Zehntel der Einkommenshierarchie sind Frauen zu knapp 70 Prozent vertreten“ (Reiner 2009, S. 11).

Noch deutlicher treten Genderaspekte bei der Wirtschaftsförderung zutage. Hier werden Investitionen vorrangig in männerdominierte Branchen wie Bauwirtschaft und Autoindustrie gesteckt und sichern damit (zumindest vorübergehend) die vor allem die Arbeitsplätze von Männern. Diese Maßnahmen sind aber keineswegs nachhaltig. Wider alle ökologische Vernunft wurde so z.B. der Kauf von Neuwagen angekurbelt, mit dem vorrangigen Ziel die Konzerne und Zulieferer in der Automobilbranche zu stabilisieren². Ähnlich wie beim breit angelegten Infrastrukturprogramm in der Baubranche werden mit dieser Politik primär männliche Arbeitsplätze gesichert. Vergleichbare Investitionen zum Schutz bedrohter Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, in der Pflege, in der Textilbranche oder von Verkäuferinnen bei den von Insolvenz bedrohten großen Kaufhausketten also typische Frauenarbeitsplätze blieben aus. Auch von der Förderung der Kurzarbeit profitieren vor allem Männer, sie sind mit 80 Prozent in diesen Arbeitsverhältnissen zu finden (ebd. S. 11f).

² Hier soll nicht unerwähnt bleiben, dass insbesondere Frauen die Abwrackprämie zum Kauf von neuen (kostengünstigen und sparsamen) Autos genutzt haben, insofern auch von dieser Maßnahme profitiert haben.

2.3 Alternative Lösungsmodelle: Investitionen in Personal, in Bildung, Pflege, Gesundheit, alternative Energien

Insgesamt steht die Unterstützung von bedrohten Arbeitsplätzen von Männern im Vordergrund der staatlichen Maßnahmen gegen die Krise, was unter geschlechterpolitischen Gesichtspunkten kritisiert werden muss. Jedoch greift eine solche Kritik zu kurz, wie Winker (2009a) ausführt: „Es reicht angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht aus, primär die Gleichberechtigung im herrschenden System zu fordern und dies über Prozesse des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting voranzutreiben. Vielmehr müssen jetzt die für jede und jeden Einzelnen elementaren und über die Gesellschaft vermittelten Existenz- und Reproduktionsbedingungen in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung gestellt werden“ (ebd.).

Die Analysen feministischer Wissenschaftlerinnen zur Krise fokussieren Grundzüge von schon seit längerem diskutierten Modellen einer alternativen Ökonomie, die neben der bezahlten auch die unbezahlte (Versorgungs-)Arbeit einschließt. Einen wichtigen Stellenwert in diesen Konzepten wird Handlungsprinzipien wie Vorsorge, Kooperation und Orientierung „am für das gute Leben Notwendigen“, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Ökologie beigemessen. Diesen Prinzipien sollte sich auch die Finanzwirtschaft verpflichtet fühlen, anstatt dazu beizutragen, dass Teile der Wirtschaft die Lebensgrundlagen nicht nur für die heutige, sondern auch die kommender Generationen zerstören (Biesecker 2009).

Notwendig seien – neben Maßnahmen zur einer gerechteren Vermögens- und Einkommensverteilung – vor allem Investitionen in soziale Dienstleistung, einem Sektor, der in Deutschland im europäischen Vergleich viel zu gering ausgebaut sei. Des Weiteren wird aus feministischer Perspektive gefordert: die generelle Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, um die Beschäftigungsmöglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen deutlich zu erhöhen; angemessene Mindestlöhne für alle (30% aller Frauen und 14% aller Männer sind im Niedriglohnsektor beschäftigt), um eine eigene Existenzsicherung zu ermöglichen, sowie eine soziale und ökologische Umsteuerung, damit Wirtschaft wieder dem diene, wozu sie gedacht ist: der Verbesserung der Lebensqualität (Reiners 2009, S.12). Hierzu wird der Ausbau öffentlicher Bildungs-, Gesundheits- und Sozialangebote vorgeschlagen sowie Investitionen in staatliche Infrastruktur im Bereich Wohnen, Verkehr und Energie. Damit ließen sich Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig grundlegende Lebensbedürfnisse vieler Menschen befriedigen. Die Förderung der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereiche kämen zudem überproportional Frauen zugute, da dort auch die meisten Frauenarbeitsplätze zu finden sind. Darüber hinaus profitieren Frauen von einem Ausbau dieser Bereiche in ihrer gesellschaftlich zugewiesenen Verantwortlichkeit für den Care-Bereich auch außerhalb der Schaffung von Arbeitsplätzen, sie werden entlastet. Sorgearbeit muss in ihrer Bedeutung und Gestaltung gesellschaftlich grundsätzlich neu diskutiert werden (ebd.; Michalitsch 2009; Winker 2009b).

Leider wird momentan ein anderes Phänomen befürchtet: Je tiefer die Krise, desto rigider sind die Sparkurse. Je mehr Kostendruck, desto eher wird die öffentliche Versorgung privatisiert und damit zur unbezahlten Frauenarbeit gemacht. Zudem enthalten die Sparpakete der öffentlichen Hand viele Maßnahmen, die die Situation von Frauen verschlechtert, da sie durchgängig weniger finanzielle Ressourcen haben und stärker von Sozialleistungen abhängig sind.

3. Die Finanzkrise – Resultat einer Kultur hegemonialer Männlichkeit?

Die Frage ob die Finanzkrise in einem ähnlichen Ausmaß stattgefunden hätte, wenn mehr Frauen in verantwortlichen Positionen der Finanzwirtschaft gewesen wären, wird aktuell insbesondere in populärwissenschaftlichen Publikationen immer wieder thematisiert. Hintergrund dieser Annahme ist zum einen die Tatsache, dass fast ausschließlich Männer den letztlich krisenauslösenden Kreislauf der Geldvermehrung angetrieben haben, indem sie vor allem rendite- und börsenorientierte, also profitmaximierende Entscheidungen getroffen haben (Schmid 2009; Supp 2009). Untersuchungen zum geschlechtsspezifischen Umgang mit Geld zeigen, dass Frauen deutlich andere Investmententscheidungen treffen als Männer. Sie agieren defensiver, vermeiden Risiken, diversifizieren stärker, entscheiden sich für längerfristige Anlagen. Männer erzielen zwar kurzfristig höhere Gewinne, weil sie risikofreudiger agieren, langfristig sind damit aber auch höhere Verluste verbunden (Barber/Odean 2001; Wrede 2006).

Erklärungsmuster für das unterschiedliche Anlageverhalten lassen sich in der geschlechtsspezifischen Sozialisation finden. Erziehung und gesellschaftliche Erwartungen tragen entscheidend dazu bei, dass Frauen Risiken und Wettbewerbssituationen eher scheuen als Männer. Dieses Phänomen lässt sich insbesondere für geschlechtergemischte Gruppen beobachten, Frauen in reinen Frauengruppen zeigen demgegenüber ein ähnliches Risikoverhalten wie Männer (Booth/Nolen 2009a + b). Geld vermittelt Einfluss, eröffnet Zukunftschancen und individuelle Möglichkeiten. Geld ist damit ein zentraler Indikator für Rang und Macht in der Gesellschaft. Für die meisten Frauen scheint Geld jedoch nicht diese Symbolik zu haben, jedenfalls nicht in Bezug auf ihre eigene Person. Geld sehen sie vielmehr als Mittel, um Lebensbedürfnisse befriedigen zu können und ökonomische Selbstständigkeit zu gewährleisten. Eine direkte Gleichsetzung von Geld, Macht, Status und Prestige erleben eher Männer. Ihre Identität und ihr Selbstbewusstsein scheinen geradezu unauflösbar verbunden mit (dem Besitz oder Nicht-Besitz von) Geld (Barber/Odean 2001; Wrede 2006).

Daraus resultierende Einstellungen können dazu führen, dass Frauen den Umgang mit Geld an Werten ausrichten wie Voraussicht, Solidarität, Verantwortungsgefühl und Nachhaltigkeit. Unter solchen Vorzeichen, so die Vermutung, hätten sich die oben angeführten Ursachen der Finanzkrise niemals entwickelt können. Hier interessiert, wie Profitinteressen, das Streben nach Geld, der ökonomische Rationalitätsdiskurs, die enorme Risikofreudigkeit auf Finanzmärkten in unserer Kultur mit Vorstellungen von Männlichkeit, mit sexueller Identifikation und dem Begehren von Männern verknüpft sind. Der Finanzsektor hat etwas mit moderner hegemonialer Männlichkeit zu tun (Madörin 2001). Aber dass sich Frauen tatsächlich in diesem System anders verhalten würden, den existierenden Verhaltensstandards quasi konträr oder zumindest moderierend gegenüber, wie des Öfteren angenommen, erscheint abwegig.

Hier muss vielmehr daran gearbeitet werden, dass sich das Feld der Finanzdienstleistung weg von der Profitmaximierung hin zu mehr Umsicht und Verantwortlichkeit als Maßgabe professionellen Handelns orientiert. Eine Forderung, die auf die Wirtschaft allgemein ausgedehnt werden und ihre Relevanz auch außerhalb von Krisenszenarien entfalten sollte. Mit diesem Focus eröffnet feministische Ökonomie neue Perspektiven auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie auf Ansatzpunkte einer nachhaltigen Krisenregulierung.

Literatur:

(alle Internetquellen: Stand Januar 2010)

- Andresen, Sünne (2007): Efas – economics, feminism and science: Ökonominnen-Netzwerk zur Förderung geschlechtsbezogener Forschung und Lehre. In: Intervention 4 (2), 2007, 246-251. Im Internet unter: http://efas.htw-berlin.de/wordpress/wp-content/uploads/andresen_efas_intervention_jg_4_nr_2_2007.pdf
- Barber, Brad M./Odean, Terrance (2001): Boys Will Be Boys. Gender, Overconfidence, and Common Stock Investment. In: The Quarterly Journal of Investment, 2, 261-292
- Biesecker, Adelheid (2009): Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative. In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009. Im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>, S. 32 - 48
- Booth, Alison L. /Nolen, Patrick J. (2009a): Gender Differences in Risk Behaviour: Does Nurture Matter? IZA Discussion Paper No. 4026. Im Internet unter <http://ftp.iza.org/dp4026.pdf>
- Booth, Alison L. /Nolen, Patrick J. (2009b): Choosing to Compete: How Different Are Girls and Boys? IZA Discussion Paper No. 4027. Im Internet unter <http://ftp.iza.org/dp4027.pdf>
- Eichhorst, Werner/Marx, Pail/Thode, Eric (2010): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009. Benchmarking Deutschland: Beschäftigungserfolge bei zunehmender Differenzierung. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Im Internet unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-225D94F6-F3AFD50B/bst/xcms_bst_dms_29942_29943_2.pdf
- Fiedler, Angela/Förtsch, Nadja/Maier, Friederike (2002): Geschlechterfragen in den Wirtschaftswissenschaften. Eine Zwischenbilanz zu den Entwicklungen in einem Männerberuf und zur Thematisierung von Geschlechteraspekten. In: Maier, Friederike/ Fiedler, Angela (Hg.): Gender matters. Feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin, S. 247-262
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010
- Madörin, Mascha (2001): Das Paradies jenseits der Begrenzung. Aus dem Dossier: Feministische Ökonomie. Eine Serie über Männerprivilegien, Lohnungleichheiten und die Ökonomie des Sorgens und des Pflagens. WOZ 00/2000 bis 26/2001. Im Internet unter: <http://www.woz.ch/dossier/femoek.html>
- Maier, Friederike: Wirtschaftswissenschaft. In: Braun, Christina von/Stephan, Inge (Hg.): Gender-Studien. Eine Einführung. Stuttgart/Weimar, S. 142-154
- Michalitsch, Gabriele (2009): Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009. Im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>, S. 49-55

- Michalitsch, Gabriele (2006): Privatisiert – Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation. In: Lemke, Meike; Ruhe, Cornelia; Woelki, Marion; Ziegler, Béatrice (Hg.): Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse. Konstanz, S. 119-143
- Reiner, Sabine (2009): Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009. Im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>, S. 5-14
- Sander, Gudrun/Nentwich, Julia/Offenberger, Ursula (2009): Die Finanzmarktkrise unter Genderaspekten: Von der Krise der Finanzmärkte zu einer Krise der Männlichkeit. In: Mastronardi, Philippe/von Cranach, Mario (Hg.): Lernen aus der Krise. Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus. Ein Dossier von kontrapunkt. Bern, S. 95-105
- Sauer, Birgit (2006): Governance als feministischer Handlungsraum? Eine staatstheoretische Perspektive. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 68: Frauen, denkt ökonomisch!? S. 39-48
- Schmid, Birgit (2009): Gebt das Geld in Frauenhand! In: Das Magazin, Wochenbeilage Schweizer Tageszeitungen No 10, S. 12-25
- Stiegler, Barbara (2009): Zur Care-Arbeit in Deutschland. In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>, S. 27-31
- Supp, Barbara (2009): Ja, wir könnten. In: Der Spiegel No 5, S. 42-46
- Winker, Gabriele (2009a): Staatliches Krisenmanagement im Fokus feministischer Kritik. Im Internet unter: <http://www.feministisches-institut.de/konjunkturprogram/>
- Winker, Gabriele (2009b): Care Revolution – ein Weg aus der Reproduktionskrise. Im Internet unter: <http://www.feministisches-institut.de/carerevolution-2/>
- Wrede, Birgitta (2006): Geschlechterstereotype im Geldverhalten. In: Lemke, Meike; Ruhe, Cornelia; Woelki, Marion; Ziegler, Béatrice (Hg.): Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse. Konstanz, S. 279-290
- Young, Brigitte (2009): Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle. In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>, S. 15-26

Birgitta Wrede

Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)

birgitta.wrede@uni-bielefeld.de